Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 164 (1998)

Heft: 9

Artikel: Diesmal gilt es ernst

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-65350

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diesmal gilt es ernst

Gustav Däniker

Der Blick zurück hinterlässt gemischte Gefühle. Obwohl seit Mitte der neunziger Jahre immer wieder taugliche Verbesserungsvorschläge eingebracht wurden, gefällt sich die schweizerische «strategic community» in seltsam wirklichkeitsfremden Vorstellungen über die Zukunft unserer Selbstbehauptung. Aus lauter Furcht vor Neuem wollen «Autonomisten» das Rad in die Zeiten des Igels Schweiz zurück drehen, während «Integristen» die Flucht nach vorne in die NATO empfehlen. Unterdessen ereifert sich die Mehrheit fast ausschliesslich über militärische Einzelfragen. Das neue Umfeld verlangt aber mehr: Nüchternes Abwägen von Chancen und Risiken und auch heute wieder die Akzeptanz einer lage- und bedrohungsgerechten Strategie unseres Kleinstaates, selbst wenn sie mutige Schritte in Neuland verlangt.

Gustav Däniker,
Dr. phil.,
Divisionär a D,
Mitglied des «International Institute for Strategic Studies (IISS)» in London,
Rigistrasse 3, 8802 Kilchberg.

Zeitgemässe Marschrichtung

Überraschend treffsicher hatte der bundesrätliche Bericht über die Sicherheitspolitik von 1990 die Folgerungen aus der eben erst angelaufenen strategischen Wende gezogen. Er setzte auf die «Karte der Hoffnung» und behielt recht damit. Unser engeres Umfeld blieb ruhig, selbst als auf dem Balkan ein grausamer Konflikt, den niemand mehr für möglich gehalten hatte, Eskalationsängste weckte. Die drei sicherheitspolitischen Hauptaufgaben, zu der alle Bereiche des Selbstbehauptungsapparates beitragen sollten: Friedenssicherung, Existenzsicherung und Verteidigung waren die richtige Antwort auf ein neues Gefahrenspektrum. Die Schweiz wollte einen Beitrag an die Stabilisierung Europas leisten, die Schutz- und Hilfsfunktionen für die Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen ausbauen und eine ausreichende Verteidigungskomponente beibehalten.

Halbherzige Umsetzung

Aber der Bundesrat hatte die Rechnung ohne den schweizerischen Traditionalismus gemacht. Die aufgrund von Aktualität und Aufholbedarf gewählte Reihenfolge stiess denjenigen sauer auf, für die sich die Strategie seit jeher nur in militärischen Kategorien ausdrückt. Dass niemand ausser der Armee eine Friedensdividende zahlen kann, dass sie zu gross und zu schwerfällig war, wollten sie ebenso wenig begreifen, wie die gegenüber reinen Kampfaufgaben wachsende Bedeutung der operativen und subsidiären Sicherungseinsätze; neue durchaus moderne und bedrohungsgerechte Dienstvorschriften hin oder her.

Ununterbrochen war zu hören, die Armee müsse sich auf ihre «Kernkompetenz» zurückziehen, und diese sei nun einmal der Kampf. Jahre vergingen, bis man überhaupt begann, den stereotypen Ruf nach Konzentration auf «Kampfausbildung» durch die differenziertere Frage abzulösen, welche Leistungen gegenüber welcher Art Gegner eine moderne Schweizer Armee denn überhaupt zu erbringen habe. War es wirklich richtig, weiterhin den Abwehrkampf in schweizerischer Eigenregie gegen einen «weltmeisterlichen Gegner» zur Grundlage unserer Militärdoktrin zu machen? Um so mehr als es vielenorts trotz der propagierten «Raumverteidigung» bei einer Mischung von tradierten Elementen aus dem Arsenal der während Jahren «einexerzierten Abwehr» und einigen neuen Fertigkeiten blieb, die man sich aber doch nicht mit letzter Konsequenz durchzusetzen getraute.

Ein Konglomerat von Halbheiten zeigte sich auch bei Politikern auf Schritt und Tritt: Schutz der Gesellschaft ja, aber doch nicht mit den an sich adäquaten Mitteln! Rowdys könnten ja Schaden nehmen; ob sich die Soldaten – offenbar Bürger zweiter Klasse – in Ordnungsfunktionen genügend schützen können, schien die Gesetzgeber weniger zu kümmern. Auch fielen grosse Worte betreffend die dauernde Einsatzbereitschaft der jeder Aufgabe gewachsenen hochgepriesenen Miliz, doch zaudern die gleichen Wortführer und rufen nach dringender Zusatzausbildung, wenn es nur darum geht, einige illegale Grenzgänger anzuhalten und abzuführen.

Auch was die im Bericht 90 geforderten Beiträge zur Stabiliserung betrifft, bietet die Schweiz ein klägliches Bild: Dafür, dass ihre schon fast vergessenen «Medical units» in der Westsahara und in Namibia nichts zu tun hatten, war sie zwar nicht allein verantwortlich. Ebensowenig dafür, dass die UNO-Blauhelme in Bosnien ausgerechnet dann ihre Schwächen handgreiflich demonstrierten, als die Volksabstimmung für ein Schweizer Bataillon fällig war. Aber dass das Parlament darauf die Segel vollends strich und kurzerhand Einsätze bewaffneter Einheiten im Ausland verbot, so dass man Schweizer Soldaten sogar im Brennpunkt Sarajevo die Waffen zum Selbstschutz verweigerte, zeugt von einem inneren Rückzug ins Schneckenhaus, der allen militärischen Notwendigkeiten Hohn spricht. Ganz abgesehen vom peniblen Eindruck in jenen Nachbardemokratien, die seit Jahrzehnten mit Truppen das Risiko auf sich nehmen, an internationaler Krisenbewältigung aktiv mitzuwirken.

Kopflos zurück oder kopflos vorwärts?

Es gibt Kreise (AUNS), die heute sogar hinter die noch recht zaghafte Öffnung der Schweiz zurückgehen wollen. Ihnen sind bereits kleine Handreichungen für internationale Friedensbemühungen ein Greuel. Die Schweiz soll

sich wieder ausschliesslich auf sich selbst verlassen! Alle Militärpersonen seien aus dem Ausland zurückzuziehen; sogar die inzwischen auf kleinstem Feuer eingegangene Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden sei zu kappen. Was während des Zweiten Weltkrieges und während des Kalten Krieges richtig war, als eine handfeste militärische Bedrohung vorlag, soll ungeachtet aller geostrategischen Veränderungen wieder aufleben.

Umgekehrt anerkennt die offiziöse «Studienkommission für strategische Fragen» den Zwang zur internationalen Kooperation, siedelt sie aber ebenfalls höchst bescheiden im Rahmen von «Solidaritätsgesten» und risikolosen Zubringerdiensten an. Um so pointierter schiessen Sicherheitstheoretiker über das Ziel hinaus. Ohne die Spur eines Beweises anzutreten, preisen sie den NATO-Beitritt als beste Lösung an. Würden sie sich durchsetzen, wäre wohl niemand erstaunter als das Hauptquartier in Brüssel, nachdem die NATO noch auf Jahre hinaus nicht daran denkt, der im Gange befindlichen Erweiterungsrunde eine zweite folgen zu lassen.

Ausser einigen Milizgremien scheint sich somit niemand vertieft mit dem Faktum auseinanderzusetzen, dass die Sicherheit eines Staates heute weit mehr verlangt als nur eine gewisse militärische Abwehrbereitschaft entlang eigener Grenzen, dass aber das Spektrum heutiger Gewaltdrohung eine Eingliederung der Schweiz in die kollektive Verteidigung noch keineswegs zwingend macht. Auf beiden Seiten fehlt die nüchterne Lageanalyse. Selbst Politiker und Medien, die sich sonst fachmännisch gebärden, kommen immer wieder zu rasch und zu ausschliesslich auf Armeefragen zurück. Bereiche der Selbstbehauptung, die zu Recht oder zu Unrecht in den Bierverschiss des Volkes geraten sind, wie etwa die Gesamtverteidigung, der Zivilschutz oder der Staatsschutz werden übersehen oder klischeehaft apostrophiert und mit der pauschalen Forderung nach kompletter Erneuerung bedacht. Welche Aufgaben ihnen früher zukamen, und welche davon auch in Zukunft von jemandem gelöst werden müssen, scheint uninteressant.

Neues Denken unumgänglich

Das Klagelied soll nicht fortgesetzt werden. Sein Fazit ist: So darf es nicht weitergehen, wenn uns Selbstbehauptung, die ihren Namen verdient, und Sicherheit wirklich am Herzen liegen. Klar ersichtliche, von der aktuellen Bedrohungslage diktierte Notwendigkeiten dürfen nicht durch zementierte Meinungen oder verfrühte politische Kompromisse verdrängt werden. Auch nicht dadurch, dass sich selbst diejenigen, deren Aufgabe es wäre, das Nötige möglich zu machen, immer wieder hinter einer herbeigeredeten mutmasslichen «Volksmeinung» verstecken. Ebensowenig darf die dauernde Berufung auf Sachzwänge demoskopischer und finanzieller Art eine Ausrede für den Verzicht auf schöpferische Phantasie sein, dank der neue Gefahren mit neuen Methoden gemeistert werden könnten.

Als im Schatten der Atomwaffendrohung klar wurde, dass die herkömmliche Armee nicht mehr taugte, wurden nach längerem «Konzeptionenstreit» mit der TO 61 drei mechanisierte Divisionen geschaffen; ein erster Schritt in die richtige Richtung. Man hatte den Mut und die Kraft zu einem völlig neuen Ansatz. Dürfen wir Ähnliches auch heute erwarten?

Auch heute geht es nämlich um die künftige Sicherheit von Land und Volk und somit um grundlegende nüchterne Fragestellungen: Wie kann sie gegen welche Gefahren und Risiken garantiert werden? Wie können wir unsere staats- und sicherheitspolitischen Ziele erreichen? Welche Chancen eröffnet uns das neue strategische Umfeld, zum Beispiel die Tatsache, dass wir von lauter Demokratien umgeben sind und keine expansive Militärmacht mehr an Europas Grenzen steht? Lassen sich die zunehmend grenzüberschreitenden Gefahren wirklich besser allein als in Kooperation mit andern Staaten meistern, die ebenfalls davon betroffen sind? Welches Instrumentarium steht uns zur Verfügung? Welche strategischen, organisatorischen und finanziellen Akzentverschiebungen sind nötig, um ein modernes, umfassendes, aber zugleich flexibles Sicherheitssystem aufzubauen, das alle geeigneten zivilen und militärischen Abwehrkräfte ohne Rücksicht auf bestehende Organigramme lagegerecht zusammenfasst?

Die Arbeit am neuen sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates hat eben erst begonnen. Er wird sich würdig an die Berichte von 1973 und 1990 anreihen, sofern er das festlegt, was die Sicherheit der Schweiz nach dem Jahr 2000 einerseits an **Eigenleistung** und zweitens an **Kooperationsbereitschaft** mit Dritten braucht, um ihre eigene und die Existenz ihrer Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu schützen. ■

Telefon für Militärprobleme

Über 2500mal wurde in den vergangenen fünf Jahren die Nummer 1570015 gewählt. Männer und Frauen, Betroffene und Angehörige verschiedensten Alters suchten unter dieser Nummer Rat zu einem persönlichen Problem rund ums Thema Militär und Zivildienst. Fachkundig und kompetent wurden gut die Hälfte der Anrufenden direkt beraten. Die übrigen wurden an Berater und Beraterinnen in ihrer Umgebung verwiesen, welche sich fachspezifisch in den Beratungsdienst der Nummer 1570015 stellen. Über 40 Berater(innen) stehen zurzeit im Dienst des Telefons für Militärprobleme.

Auf die Frage, warum viele die Nummer 1570015 wählen, muss geantwortet werden, dass eine unabhängige und kompetente Beratung gefragt ist. Das Sorgentelefon der Armee wurde schon vor drei Jahren abgestellt.

Wie die Erfahrung zeigt, machen sich nur wenige Rekruten weitergreifende Gedanken zur bevorstehenden längeren Zeit in Uniform. So kommt es dann doch für etliche zu unangenehmen Überraschungen und Fragen, die sie irgendwo deponieren möchten. Obwohl die Betreuung auf den Waffenplätzen recht gut ausgebaut ist, schlüpfen doch einige durch dieses Betreuungsnetz und suchen sich ausserhalb Rat und Hilfe, nicht zuletzt auch bei der Nummer 1570015.

Das «Telefon für Militärprobleme» wird von einem Verein getragen, der durch einen Vorstand geleitet wird. Auf Juni 1998 hat der Mitbegründer und bisherige Präsident Hugo Albisser sein Amt an den *Seelsorger und Feldprediger Martin Tanner abgetreten.*

Um diese Dienstleistung der Beratung zu Militärproblemen und Zivildienst weiterhin tragen zu können, ist der Verein auf Spenden angewiesen. Neben den geringen Mitgliederbeiträgen müssen die Kosten des derzeitigen Budgets von 30000 Franken zu 100 Prozent durch Spenden getragen werden (PC-Konto 60–30374-1, Telefon für Militärprobleme).